

Niederschrift

über die **6.** Sitzung des Verkehrsausschusses am Dienstag, **28.01.2003, 16.00 Uhr**,
zunächst Ortstermin am Ende der Hermannstraße und **Fortsetzung** der Sitzung um
16.45 Uhr im Sitzungssaal des Hauses **Burgstr. 8**

- Anwesend: R. Schulte, Vorsitzender (ab 16.25 Uhr, vor TOP 1)
M. Grüterich (als Vertreterin f. M. Dummer, ab 16.40 Uhr, vor TOP 1)
K. Haselhoff
U. Hebrock
E. Huckenbeck (als Vertreterin f. M. Schwanz)
D. Lunderstädt
R. Voß (als Vertreterin f. R. Kötter, bis 18.00 Uhr, während TOP 4)
J. Weber (ab 16.25 Uhr, vor TOP 1)
A. Widua (ab 16.25 Uhr, vor TOP 1)
- Sachkundige Bürger: S. Reise (bis 18.20 Uhr, während TOP 5)
C. Schlüter
J. Schmidt
R. Willmann (als Vertreter für W. Willmann)
- Beratendes Mitglied: R. Geuter (ab 16.25 Uhr, vor TOP 1)
- Von der Verwaltung: R. Meskendahl (ab 16.35 Uhr, vor TOP 1)
E. Aschermann
U. Butz, Dezernentin (ab 16.30 Uhr, vor TOP 1)
D. Reuß
A. Steinkamp (ab 16.35 Uhr, vor TOP 1)
H. Westhoff (Schriftführer)
- Als Gäste: K. Schmidt, Kreispolizeibehörde Gummersbach, Dezernat GS 3
N. Grüterich, Polizeiwache Radevormwald
C. Stock, OWAG (ab 16.55 Uhr, vor TOP 3)

Tagesordnung: (Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 5. Sitzung des Verkehrsausschusses am 27.06.2002
2. Besichtigung der fertiggestellten Straßenbaumaßnahme Hermannstraße / Friedrichstraße in V. mit der noch nicht durchgeführten Kanalisierung des Verkehrs um die Insel zur Parkfläche
3. Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs oder eines Ruftaxiverkehrs
hier: Antrag der UWG-Fraktion vom 27.08.2002 und Erweiterung dieses Antrages durch die F.D.P.-Fraktion in der Sitzung des Rates der Stadt am 08.10.2002
4. Verbesserung der Verkehrssituation für Fußgänger und Radfahrer im Zuge der B 229 zwischen den Ortslagen Feldmannshaus und Linde (Stadtgrenze)
5. Haushaltsangelegenheiten für das Haushaltsjahr 2003
6. Antrag der AL-Fraktion vom 16.01.2003 auf Einrichtung eines Parkplatzes neben dem Gebäude Keilbecker Str. 66 (Machbarkeitsprüfung)
7. Mitteilungen und Fragen

Der Ausschuss führt zunächst eine Besichtigung der fertiggestellten Baumaßnahme Hermannstraße / Friedrichstraße durch.

Die Ausschussmitglieder bestätigen den Vorschlag der Verwaltung, dass eine Kanalisierung des Verkehrs um die Insel zur Parkfläche und der Zufahrt zu den Sporthallen durch Markierungen und Beschilderung als "Kreisverkehr" zur Zeit nicht erforderlich ist.

Um 16.45 Uhr wird die Sitzung im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8 fortgesetzt. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Als Gäste begrüßt er Herrn Schmidt von der Kreispolizeibehörde Gummersbach, Dezernat GS 3, Herrn Grüterich als Leiter der Polizeiwache Radevormwald, die anwesenden Bürger sowie die Vertreter der Presse.

Im Anschluss daran weist er darauf hin, dass Herr André Widua Nachfolger im Verkehrsausschuss für die ausgeschiedene Frau Carmen Sieckendieck ist.

Herr Schulte erläutert, dass noch ein Antrag der AL-Fraktion eingegangen ist und dieser den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. In diesem Antrag geht es um die Einrichtung eines Parkplatzes an der Keilbecker Straße. Einvernehmlich wird die Tagesordnung um den Antrag der AL-Fraktion vom 16.01.2003 erweitert. "Mitteilungen und Fragen" wird dann TOP 7.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

1. Niederschrift über die 5. Sitzung des Verkehrsausschusses am 27.06.2002

Der Verkehrsausschuss nimmt die Niederschrift der 5. Sitzung des Verkehrsausschusses am 27.06.2002 zur Kenntnis. Fragen zur Niederschrift bestehen nicht.

2. Besichtigung der fertiggestellten Straßenbaumaßnahme Hermannstraße / Friedrichstraße in V. mit der noch nicht durchgeführten Kanalisierung des Verkehrs um die Insel zur Parkfläche

Die fertiggestellte Baumaßnahme wurde im Rahmen einer Ortsbesichtigung am heutigen Tage von den Ausschussmitgliedern in Augenschein genommen.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Reuß erläutert, dass der Ausbau, so wie in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.10.2001 besprochen, ausgeführt wurde. Lediglich die Kanalisierung des Verkehrs um die Insel zur Parkfläche und der Zufahrt zu den Sporthallen durch Markierungen und Beschilderungen als "Kreisverkehr" wurde bisher nicht durchgeführt. Sowohl die Polizei, als auch die Verwaltung sind der festen Überzeugung, dass eine Kanalisierung des Verkehrs nur funktionieren könnte, wenn außer Markierungen und Beschilderungen auch bauliche Maßnahmen, z.B. in Form einer Bordsteinführung, erfolgen würden.

Den Ausschussmitgliedern liegen hierzu entsprechende Skizzen vor.

Im Rahmen der Ortsbesichtigung wurde mit Hilfe von Pylonen demonstriert, wie die Verkehrsführung dann aussehen könnte und welche baulichen Maßnahmen durchgeführt werden müssten. Sowohl die Polizei, als auch die Verwaltung meinen, dass die derzeitige Verkehrsführung ausreichend ist und zusätzliche bauliche Maßnahmen unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würden. Überwachungen des fließenden Straßenverkehrs haben ergeben, dass z.Zt. auf die kostspielige Verkehrsführung verzichtet werden kann. Frau Geuter ist der Auffassung, dass in diesem Bereich Parkplätze fehlen. Sie schlägt vor, einen Parkstreifen zwischen der Insel und dem Fußweg zu markieren. Herr Reuß berichtet, dass in dem angesprochenen Bereich auch so geparkt werden kann. Am Kopfende der Gymnasium-Sporthalle sollen durch Markierungen 3 – 4 zusätzliche Parkplätze geschaffen werden. Im Ausschuss wird über die Maßnahme und evtl. Verbesserungen lebhaft diskutiert. Herr Reuß stellt fest, dass das damalige Ziel, das in erster Linie eine Verkehrsberuhigung und den Schutz der Fußgänger beinhaltete, erreicht wurde.

Herr Schulte verweist darauf, dass zukünftig eine neue Anfahrtsschleife für PKW's mit Parkmöglichkeiten im Verlauf der Mühlenstraße geschaffen werden solle. Dies würde zu einer Entlastung der Hermannstraße / Friedrichstraße zu den Hauptverkehrszeiten führen.

Im Ausschuss wird zu der Baumaßnahme noch ausführlich debattiert.

Es wird festgestellt, dass die Kanalisierung des Verkehrs um die Insel als "Kreisverkehr" z.Zt. nicht erforderlich ist. Des Weiteren wird klargestellt, dass zusätzliche Verkehrsmaßnahmen im Bereich Hermann- / Friedrichstraße z.Zt. nicht durchgeführt werden müssen.

Die Verwaltung sagt zu, der Bitte von Herrn Schmidt nachzukommen, den Standort des Verkehrszeichens "Tempo-30-Zone" im Einmündungsbereich Kaiserstraße / Hermannstraße nochmals zu überprüfen.

Auf Bitte von Frau Voß im Verlauf der Hermannstraße Papierkörbe aufzustellen entgegnet Herr Aschermann, dass dies nicht vorgesehen sei, da die Folgekosten zu hoch wären. Auch die Schulen sehen keine Möglichkeiten zur Leerung der Papierkörbe, so Frau Butz.

Zusammenfassend äußert sich der Ausschuss sehr zufrieden über die fertiggestellte Straßenbaumaßnahme Hermannstraße / Friedrichstraße.

3. Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs oder eines Ruftaxiverkehrs
hier: Antrag der UWG-Fraktion vom 27.08.02 und Erweiterung dieses Antrages durch die FDP-Fraktion in der Sitzung des Rates der Stadt am 08.10.02

Herr Schulte erläutert kurz die Anträge und bittet im Anschluss daran die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Reuß berichtet, dass der Bürgerbusverkehr keine Konkurrenzlinie für den ÖPNV ist. Er dient lediglich als Ergänzung und fährt da, wo eine Linienführung nicht wirtschaftlich oder aber nicht praktikabel ist. In verschiedenen Nachbarstädten ist der Bürgerbusverkehr sehr gut angekommen und nicht mehr wegzudenken. Die Beschaffung des Busses und die Folgekosten werden vom Land NRW bezuschusst. Die Städte haben eine Ausfallbürgschaft zu hinterlegen und evtl. Defizite zu bereinigen. Da es sich hierbei um freiwillige Leistungen handelt, musste die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde kontaktiert werden. Von dort wurde die Genehmigung eines Bürgerbusverkehrs nicht von vornherein ausgeschlossen. Insofern sieht die Verwaltung einer solchen Genehmigung optimistisch entgegen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden von Herrn Stock, OVAG, ergänzt. Er führt an, dass im Oberbergischen Kreis in Wipperfürth und Lindlar Bürgerbusvereine existieren. Die Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs basiert auf den folgenden vier Säulen:

1. Land Nordrhein-Westfalen (Zuschüsse)
2. Bürgerbusverein (ehrenamtliche Fahrer)
3. Verkehrsträger (z.B. OVAG)
4. Stadt.

Die wichtigste Säule ist der Bürgerbusverein. Er wird im Rahmen einer Bürgerversammlung gegründet und aus interessierten Bürgern und Mitgliedern von Vereinen und Institutionen etc. rekrutiert. Der Geschäftsführer des Bürgerbusvereins ist in der Regel ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Der Verein erhält eine Satzung und wird beim Amtsgericht eingetragen. Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben, die in erster Linie für das Vereinsleben verwendet werden. Die Organisationspauschale des Landes NRW fließt in die Kasse des Bürgerbusvereines. Dem Bürgerbusverein fließen sämtliche Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf, der Werbung etc. zu. Im Umkehrschluss trägt er auch sämtliche, ihn betreffenden Kosten.

Erfahrungsgemäß dauert die Vorbereitungsphase bis zur praktischen Umsetzung des Betriebes ca. 1 Jahr.

Die Fahrer müssen mindestens 21 u. höchstens 70 Jahre alt sein. Es werden ca. 15 – 20 Busfahrer benötigt. Jeder fährt ca. zwei- bis dreimal im Monat. Die Fahrer werden einem Gesundheitscheck unterzogen. Sie können von der OVAG theoretisch und praktisch ausgebildet werden.

Die angebotenen Fahrten stehen im Fahrplan. Die Strecke wird aus den Reihen des Vereines vorgegeben. Von einem Fahrdienstleiter wird der Bürgerbusverkehr koordiniert. Das Land NRW bezuschusst den Kauf des Busses mit ca. 30.680,00 €. Der Bus wird von der OVAG beschafft. Ist der Anschaffungspreis höher als der Zuschuss, so müsste die Stadt oder Sponsoren für den übersteigenden Betrag aufkommen.

Für die Streckenführung und den Fahrplan wird von der Bezirksregierung Köln eine Konzession erteilt. Die Haltestellen können im Rahmen des ÖPNV übernommen, oder aber neu eingerichtet werden. Die Fahrpreise sind in der Regel dem ÖPNV angepasst. Der Bürgerbusverkehr stellt keine Konkurrenz zum ÖPNV dar.

Die Fahrscheine werden vom Bürgerbusverein selbst erstellt. Fahrgäste mit Schwerbehindertenausweisen fahren kostenlos mit. Die Kosten werden dem Verein ersetzt.

Die Einnahmen des Bürgerbusvereins setzen sich aus Beiträgen, Spenden, dem Fahrkartenverkauf, Sponsorengeldern, Werbeeinnahmen etc. zusammen.

Ein Großteil der Gesamteinnahmen kann durch Werbung auf den Fahrzeugen erzielt werden.

Die Ausschussmitglieder debattieren ausführlich über die Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs. Fragen aus der Mitte des Ausschusses werden von Herrn Stock beantwortet.

Verwaltungsseitig wird abschließend bzgl. der alternativ vorgeschlagenen Einrichtung eines Ruftaxiverkehrs Stellung genommen. Der Fahrgast zahlt die selben Tarife wie im ÖPNV. Da dieser Betrag die Kosten nicht deckt, wird die Differenz von der Kommune übernommen. In Wermelskirchen fallen hier z.B. ca. 13.000,00 € Kosten pro Jahr an.

Die Verkehrsbetriebe oder Taxizentralen organisieren den Ablauf. Die Abfahrten erfolgen an Haltestellen für Rufsammeltaxen nach vorherigem Anruf des Fahrgastes. Die Rückfahrt endet in der Regel an der Haustür des Fahrgastes. Eine Kostenunterdeckung wird von den Verkehrsbetrieben nur dann getragen, wenn Anrufsammeltaxen auf einer ehemaligen nicht rentablen Linien der Verkehrsbetriebe eingesetzt werden.

Der Ausschuss diskutiert ausgiebig über die Vor- und Nachteile eines Bürgerbusverkehrs im Vergleich zu einem Ruftaxiverkehr. Hierbei schneidet der Bürgerbusverkehr eindeutig besser ab.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung alle notwendigen Maßnahmen zur Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs in die Wege zu leiten. Dies betrifft insbesondere auch die Gründung eines Bürgerbusvereins.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

4. Verbesserung der Verkehrssituation für Fußgänger und Radfahrer im Zuge der B 229 zwischen den Ortslagen Feldmannshaus und Linde (Stadtgrenze)

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden von der Verwaltung einige Fotos auf Folien vorbereitet. Herr Reuß erläutert anhand dieser Folien wo der Bau des Rad-/Gehweges von Höhe der Ortslage Eich bis zur Stadtgrenze nach Halver erfolgen könnte. Die genaue Planung wird von der Verwaltung noch durchgeführt. Es soll in jedem Fall den Anwohnerwünschen nach mehr Verkehrssicherheit Rechnung getragen werden.

Weitere Einzelheiten zu der Maßnahme werden in der nächsten Sitzung des Bauausschusses erörtert. Bauliche Veränderungen sind kurzfristig nicht zu erwarten.

Herr Willmann ist etwas enttäuscht darüber, noch nichts konkreteres erfahren zu können. Er berichtet, dass in dem angesprochenen Bereich bereits seit 1979 Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Gespräch sind. Des weiteren bedauert er, dass sich im angesprochenen Abschnitt der B 229 seit über 50 Jahren straßenbaulich nichts getan hat.

Herr Aschermann verweist darauf, dass es sich hier um eine Bundesmaßnahme handelt.

Verwaltungsseitig wird eine Überplanung des Streckenbereiches und der Busbuchten, die Anlegung eines einseitigen Rad-/ u. Gehweges sowie der Bau von Überquerungshilfen in den Ortschaften Eich und Wintershaus / Kettlershaus angestrebt. Der Ausschuss bittet die Verwaltung darum, die angestrebten Maßnahmen zügig voranzutreiben.

Herr Willmann äußert den Wunsch, die Kreuzung B 229 / K 10 / Stadtstraße nach Hahnenberg aufzuweiten und hier Abbiegespuren aufzubringen.

Der Vorsitzende unterstützt diesen Vorschlag.

Nach abschließender Debatte unterstützt der Verkehrsausschuss den Vorschlag der Verwaltung, dass der Streckenbereich der B 229 zwischen den Ortslagen Feldmannshaus und Linde von der Verwaltung überplant wird, und die Kosten für die Maßnahme von der Stadt vorfinanziert werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Haushaltsangelegenheiten für das Haushaltsjahr 2003

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Auszug aus dem Entwurf des Haushaltsplanes bei. Herr Meskendahl berichtet, dass für Verkehrssicherungsmaßnahmen weitere Mittel im Vermögenshaushalt (Haushaltsstelle 6300.9400.1) bereitgestellt wurden. Eine abschließende Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltsansätze erfolgt im Bauausschuss.

Abschließend bestätigt der Verkehrsausschuss die Haushaltsansätze gemäß des Entwurfes der Haushaltssatzung bei den Ausgabehaushaltsstellen "Straßen und Verkehrsschilder", "Unterhaltung Signalanlagen" und "Verkehrssicherungsmaßnahmen".

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Antrag der AL-Fraktion vom 16.01.2003 auf Einrichtung eines Parkplatzes neben dem Gebäude Keilbecker Str. 66 (Machbarkeitsprüfung)

Der Antrag der AL-Fraktion liegt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Herr Schulte ist der Auffassung, dass dieser Antrag eigentlich in einem anderen Ausschuss behandelt werden müsste. Herr Reuß stellt klar, dass es nicht die Aufgabe der Verwaltung ist hier öffentliche Einstellplätze auszuweisen. Hier sind zunächst einmal die Geschäftsleute selbst gefordert. Mit den Grundstückseigentümern werden vom Liegenschaftsamt noch Gespräche geführt. Da es sich bei dem Privatgrundstück um Bauland handelt, ist davon auszugehen, dass die Fläche sehr teuer wäre. Ausschussintern wird die Argumentation der Verwaltung akzeptiert. Zwischenzeitlich haben Gespräche mit dem Grundstückseigentümer stattgefunden. Dieser lehnt einen Verkauf des Grundstückes zur Parkplatznutzung ab.

7. Mitteilungen und Fragen

7.1 Verkehrssituation im Verlauf der Fontanestraße

Anhand eines Ausbauplanes und mit Hilfe von Fotos auf Folien nimmt die Verwaltung zu der Verkehrssituation im Verlauf der Fontanestraße Stellung. Es wird erläutert, welche Verkehrszeichen dort nach Ausbauende aufgestellt werden. Die Anzahl der privaten Einstellplätze ist sehr gering. Aufgrund dessen kommt es schon jetzt in diesem Bereich zu Parkplatzproblemen. Aus der Mitte des Ausschusses wird angeregt, dass die Verwaltung bei zukünftigen Bauvorhaben mehr Einstellplätze fordert.

Herr Willmann möchte wissen, ob im Bereich der Fontanestraße noch nachträglich Einstellplätze geschaffen werden können. Die Verwaltung verneint dies und betont, dass aus planungsrechtlicher Sicht die Mindestvorgaben eingehalten wurden. Ausschussintern wird vorgeschlagen zu überprüfen, ob im Bereich der Fontanestraße weitere Einstellplätze geschaffen werden können, wenn die Anwohner dies finanzieren würden. Die Verwaltung sichert eine entsprechende Überprüfung zu.

7.2 Verkehrssituation im Verlauf des Übergangsbereiches Industriestraße / Hölterhofer Straße

In der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses sicherte die Verwaltung eine Überprüfung zu, ob im oberen Straßenverlauf eine Grenzmarkierung aufgebracht werden kann.

Zwischenzeitlich steht fest, dass dies notwendig und möglich ist.

Sobald eine Markierungsfirma im Stadtgebiet tätig wird, wird die Grenzmarkierung angeordnet und aufgetragen.

7.3 Verkehrssituation im Verlauf der L 414 (Ülfe-Wuppertal-Straße)

Die Verwaltung berichtet, dass im vorderen Verlauf der L 414 zwischen Netzknoten 4710015 und 4710018 die Fahrbahndecke saniert wurde. Aus diesem Grunde konnten zahlreiche Verkehrszeichen, die aufgrund der Unfallhäufigkeit in diesem Bereich seinerzeit aufgestellt wurden, entfernt werden. Im Kurvenbereich auf Höhe der Ortslage IV. Ülfe wurde eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h auf eine Entfernung von je 200 m angeordnet, da hier viele Fußgänger die Straße überqueren. Fragen aus der Mitte des Ausschusses bzgl. eines schweren Unfalles auf der L 414 in jüngster Zeit werden von Herrn Reuß ausführlich beantwortet.

7.4 Verkehrssituation im Verlauf der L 81

Die Verwaltung trägt vor, dass auch im Verlauf der L 81 zahlreiche Verkehrszeichen entfernt werden konnten, da eine Deckensanierung erfolgt ist. Im Kurvenbereich gegenüber der Dahlhauser Straße werden kurzfristig Richtungstafeln aufgestellt. Im unteren Bereich der L 81 in Fahrtrichtung Dahlhausen bleibt es bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h, da hier die Fahrbahn nicht saniert wurde.

7.5 Verkehrssituation im Verlauf der L 130 (Keilbecker Straße)

Mit Hilfe eines Fotos auf Folie erläutert Herr Reuß die Verkehrssituation. Hier kam es in jüngster Zeit aufgrund falsch geparkter Fahrzeuge zu Verkehrsunfällen.

Die Unfallkommission hat als Sofortmaßnahme eine ca. 30 Meter lange absolute Halteverbotszone angeordnet. In den nächsten Monaten soll hier die bereits vorhandene Mittelmarkierung um ca. 30 Meter verlängert werden. Herr J. Schmidt merkt an, dass dort in der Vergangenheit zahlreiche Unfälle passierten. Er hält jedoch die Reduzierung des Parkraumes nicht für die optimale Lösung. Herr Reuß entgegnet, dass die Unfallkommission diese Entscheidung getroffen hat. Die Verwaltung geht davon aus, dass bei einer schwerpunktmäßigen Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs in diesem Bereich die Situation in den Griff zu bekommen ist.

7.6 Verkehrsproblematik im Verlauf der Albertstraße

In der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses am 27.06.2002 wurde über die Verkehrsproblematik im Verlauf der Albertstraße diskutiert. Frau Hebrock möchte wissen, ob dort in den letzten Monaten der ruhende Straßenverkehr schwerpunktmäßig überwacht worden ist. Herr Reuß erläutert, dass dort von dem zuständigen Außendienstmitarbeiter nach wie vor intensiv kontrolliert wird. Dies wird auch in Zukunft so beibehalten.

7.7 Wegweiser zu den Stadtwerken

Frau Huckenbeck ist aufgefallen, dass im Stadtgebiet eine Hinweisbeschilderung zu den Stadtwerken aufgestellt wurde. Sie möchte wissen, warum dies seinerzeit beim "aquafun" nicht möglich war. Herr Reuß verweist auf die Piktogramme, die auf das "aquafun" aufmerksam machen. Außerdem, so Herr Reuß, wurden die Wegweiser zu den Stadtwerken ohne Genehmigung und ohne verkehrsrechtliche Anordnung aufgestellt.

7.8 Kreisverkehrsplatz im Knoten B 229 / Elberfelder Straße – L 412 / Kölner Straße

Frau Huckenbeck möchte wissen, warum die Wegweisertafeln noch nicht aufgestellt wurden. Die Verwaltung erläutert, dass hierfür Fundamente gesetzt werden müssen. Bezüglich der Standorte sind noch Gespräche mit den Versorgungsträgern durchzuführen. Die Maßnahme soll kurzfristig in Angriff genommen werden.

7.9 Straßennamensschild "Kölner Straße"

Herr Weber berichtet, dass das Straßennamensschild "Kölner Straße" nach dem Bau des Kreisverkehrsplatzes nicht mehr angebracht wurde. Die Verwaltung sichert eine Überprüfung zu.

7.10 Abbau des Schilderwaldes im Stadtgebiet von Radevormwald

Herr Weber merkt an, dass die Aktion zum Abbau des Schilderwaldes im Stadtgebiet von Radevormwald in der letzten Zeit nicht vorangetrieben wurde.

Herr Reuß erläutert, dass dies aufgrund der personellen Situation nicht möglich war. Zwischenzeitlich wurde jedoch eine Stelle wieder neu besetzt. Es wird beabsichtigt, nach den Sommerferien die Aktion fortzusetzen.

7.11 Anlegung einer Anfahrtsschleife für PKW's mit Parkmöglichkeit im Verlauf der Mühlenstraße unterhalb des Buswendeplatzes

In den letzten Sitzungen des Verkehrsausschusses wurde angeregt, unterhalb des Buswendeplatzes auf der rechten Seite der Mühlenstraße eine Anfahrtsschleife für PKW's mit Parkmöglichkeiten anzulegen. Herr Weber möchte wissen, wie weit dies vorangetrieben wurde. Die Verwaltung teilt mit, dass ein Konzept im Bauplanungsausschuss vorgestellt wurde. Herr Meskendahl berichtet, dass am 19.02.2003 Verhandlungen mit der Grundstückseigentümerin stattfinden. Die weitere Vorgehensweise entscheidet sich nach diesen Grundstücksverhandlungen.

7.12 Standorte des Tempo-Messgerätes

Herr Haselhoff schlägt vor, das neue Tempo-Messgerät im Verlauf der L130, auf Höhe der Ortslage Herkingrade, einzusetzen.

Die Verwaltung stimmt dem zu. Es wird auf einen Prioritätenliste verwiesen, in der die Standorte für das Tempo-Messgerät in 2003 aufgelistet sind.

7.13 Verkehrszeichen und Leitschwellen vor der Straßeneinmündung L 414 (Kaiserstraße) / B 229 (Westfalenstraße)

Herr Haselhoff macht darauf aufmerksam, dass die Verkehrszeichen im v.g. Einmündungsbereich nach dem letzten Sturm umgefallen sind und auf der Straße liegen. Auch die Leitschwellen seien nicht ausreichend befestigt.

Die Verwaltung wird den Landesbetrieb Straßenbau NW als Straßenbaulastträger informieren.

7.14 Baustelle im vorderen Verlauf der Ispingrader Straße

Herrn Haselhoff ist aufgefallen, dass bei der v.g. Baustelle teilweise chaotische Zustände herrschen. Außerdem steht ein Bauwagen im absoluten Halteverbot. Die Verwaltung wird sich mit der zuständigen Firma in Verbindung setzen um die Missstände beseitigen zu lassen. Herr Willmann drängt darauf, die Arbeiten so schnell wie möglich abzuschließen. Er wird diesbezüglich auch mit den Stadtwerken Kontakt aufnehmen.

7.15 Verkehrssituation im Verlauf der Ülfestraße

Im Verlauf der Ülfestraße befindet sich eine Kuppe vor der das Parken wegen der Unübersichtlichkeit untersagt ist. Herr Haselhoff möchte wissen, ob hier regelmäßig der ruhende Straßenverkehr überwacht wird. Die Verwaltung bejaht dies.

7.16 Zukünftige Verkehrsregelung im Kreuzungsbereich Kaiser-/Graben-/Telegraf-/ Hohenfuhrstraße durch eine neue Steuerungstechnik der vorhandenen Lichtzeichenanlage

In seiner letzten Sitzung beauftragte der Verkehrsausschuss die Verwaltung damit, schnellstmöglich die völlig veraltete Steuerungstechnik der v.g. Lichtzeichenanlage zu ersetzen. Herr Schulte fragt nach dem Stand der Dinge.

Herr Reuß berichtet, dass die neue Technik voraussichtlich Ende Februar 2003 installiert wird. Dann ist auch eine Nachtabschaltung dieser Lichtzeichenanlage möglich.

7.17 Lichtzeichenanlage Herbeck im Einmündungsbereich B 229 / L 81

Die Kontaktschleifen der Lichtzeichenanlage funktionierten in der Vergangenheit nicht zuverlässig.

Frau Grüterich spricht ihr Lob darüber aus, dass die Störungen zwischenzeitlich behoben wurden.

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr

Rolf Schulte
Vorsitzender

Holger Westhoff
Schriftführer